



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Kreistages

Sitzungsdatum: Montag, 27.10.2014
Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 13:10 Uhr
Ort: Sitzungssaal des Landratsamtes Kronach

Anwesend sind:

Stellvertretender Landrat

Wunder Gerhard

Mitglieder CSU-Fraktion

Baumgärtner, Jürgen	Anwesend bis 12:20 Uhr
Brühl, Gerhard Dr.	Anwesend bis 12:30 Uhr
Daum, Josef	
Ebertsch, Peter	Anwesend bis 13:00 Uhr
Hausmann, Heinz	
Heinlein, Reinhold	
Hofmann, Angela	Anwesend bis 11:20 Uhr
Korn, Jens	Anwesend ab 09:40 Uhr
Löffler, Klaus	
Löffler, Thomas	
Ranzenberger, Joachim	
Rebhan, Hans	
Rentsch, Gerhard	
Wiegand, Angela	
Wunder, Michael	
Zehnter, Rosa	

Mitglieder SPD-Fraktion

Ehrhardt, Timo	
Gräbner, Norbert	Anwesend bis 11:50 Uhr
Grebner, Susanne	
Herrmann, Egon	
Köhler, Heinz Dr.	
Pohl, Ralf Dr.	
Rauh, Richard	
Schmidt, Dietmar	
Schmittnägel, Peter Dipl.-Ing. (FH)	
Schülelein, Gabriele	
Skall, Oliver	
Trebes, Jens	
Völkl, Ralf Dr.-Ing. (Univ.)	Anwesend bis 12:30 Uhr

Mitglieder Freie-Wähler-Fraktion

Beiergrößlein, Wolfgang
Feuerpfeil, Hermann
Geuther, Eugen Dr. Anwesend bis 12:05 Uhr
Hänel, Peter
Löffler, Gerhard
Pietz, Hans
Steger, Bernd
Wicklein, Stefan Anwesend bis 12:20 Uhr

Mitglieder Bündnis 90/Die Grünen

Memmel, Edith
Rudolph, Matthias Dr.

Mitglieder Frauenliste

Gerstner, Maria Anwesend bis 9:25 Uhr
Zenkel-Schirmer, Petra

Mitglied FDP

Cukrowski, Björn

Schriftführer/in

Welsch, Sonja

Nicht anwesende Kreisräte

Mitglieder CSU-Fraktion

Bernd Liebhardt

Entschuldigt sind:

Mitglieder CSU-Fraktion

Heinz, Carl-August Entschuldigt
Laschka, Hans-Peter Entschuldigt
Weber, Gabriele Entschuldigt

Mitglieder SPD-Fraktion

Schuster, Sven Entschuldigt

Mitglieder Freie-Wähler-Fraktion

Detsch, Rainer Entschuldigt

Mitglieder Frauenliste

Volk, Cilly Entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|----------|--|--------------------|
| 1 | Frankenwaldklinik; Informationen durch HELIOS-Regionalgeschäftsführer Martin Jonas | |
| 2 | Schülerbeförderung | 11/103/2014 |
| 3 | Informationen | 11/107/2014 |
| 4 | Umsetzung des Demografiekonzeptes | 11/104/2014 |
| 5 | Kenntnisnahme der Jahresrechnung 2013 | 11/099/2014 |
| 6 | Genehmigung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gemäß Art 60 LKrO | 11/097/2014 |
| 7 | Unvorhergesehenes | 11/106/2014 |
| 8 | Anfragen und Sonstiges | 11/105/2014 |

Landrat Oswald Marr eröffnet um 09:00 Uhr die Sitzung des Kreistages. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Frankenwaldklinik; Informationen durch HELIOS-Regionalgeschäftsführer Martin Jonas

Stellvertr. Landrat Gerhard Wunder begrüßte die die anwesenden Vertreter der Frankenwaldklinik:

Martin Jonas (Regionalgeschäftsführer Helios-Konzern), Florian Aschbrenner (Geschäftsführer der Frankenwaldklinik seit 01.08.2014), Manfred Burdich (Betriebsratsvorsitzender), Dr. Eike Dedow (Ärztlicher Direktor).

Anhand einer Power-Point-Präsentation wurde der Helios Konzern vorgestellt. Martin Jonas erläuterte, dass der Konzern derzeit 111 Kliniken in 11 Helios-Regionen betreibt. Das Leistungsspektrum reiche von der Akutmedizin über die ambulante Versorgung hin bis zu Rehabilitation und Seniorenpflege. Mit rund 69.000 Mitarbeitern und über 4,2 Mio Patienten pro Jahr (davon über 1,2 Mio stationär) konnte der Konzern 2013 3,4 Mio Euro Umsatz erzielen.

Fresenius Helios als Krankenhausträger ist eine von vier Sparten des weltweit agierenden Konzerns Fresenius. Dieser beschäftigt über 200.000 Mitarbeiter in über 100 Ländern. 2013 konnte ein Umsatz von 20,3 Mrd. Euro erzielt werden.

Der größte Anteilseigner der Fresenius SE & Co.KGaA ist die Else Kröner-Fresenius-Stiftung.

Der medizinische und wirtschaftliche Erfolg der Helios-Kliniken wird anhand einer Zielmatrix, die die vier Eckpunkte Patientennutzen, Wissen, Wirtschaftlichkeit und Wachstum umfasst, gemessen.

Der Patientennutzen wird u.a. durch kontinuierliche Patientenbefragungen und der Zielsetzung mit der Sterberate unterhalb des Bundesdurchschnittes zu liegen, gesteigert. Derzeit habe die Frankenwaldklinik, so Dr. Dedow, 75% des gesteckten Zieles bereits erreicht.

Über 25 Mio Euro pro Jahr werden vom Helios-Konzern für Fort-und Weiterbildung ausgegeben.

Erzielte Gewinne nutzt Helios für Investitionen und kann somit hoch qualifizierte Mitarbeiter moderne Geräte und neuwertige Kliniken vorweisen.

Die Helios-Region Bayern umfasst derzeit 14 Standorte mit ca. 2.650 Betten und rund 4.100 Mitarbeiter. Sitz der Regionalverwaltung ist München-Pasing.

Florian Aschbrenner erläuterte dem Gremium die geplanten Projekte und Maßnahmen für den Standort Kronach:

- Ausbau der Geriatrie um 10 auf 30 Betten zum 01.10.2014
- Abschluss der Erneuerung der Raumluftechnischen Anlagen im OP
- Verkauf des Schwesternwohnheimes und Ansiedelung einer psychiatrischen Tagesklinik
- Nachbesetzung der Radiologie
- Das MVZ ist jetzt an die Klinik angebunden
- Dr. Ajeli-Karger und Tom Hoffmann werden auch nach Ihrem Weggang aus der Klinik weiter als Kooperationspartner zur Verfügung stehen.
- Die Chefarztstelle von Tom Hoffmann wird nachbesetzt, das Ausschreibungsverfahren läuft.

- Übernahme aller 35 Mitarbeiter in der Reinigung und Logistik von der RK Reinigung Nord durch die HELIOS Reinigung Region Bayern GmbH (zum 01.09.2014)
- Gründung der HELIOS Frankencatering GmbH und Übernahme aller 22 Mitarbeiter aus Kronach
- Der Versorgungsvertrag mit dem Klinikum Kulmbach wird aufgelöst und ab 01.07.2015 durch das Helios Vogtland-Klinikum Plauen erfolgen. Hiervon wird eine bessere Betreuung durch die wöchentliche Anwesenheit eines Apothekers erwartet.
- Krankenpflegeschule: Übernahmegarantie für alle „guten“ Absolventen ab dem Kurs 52 in der Region Bayern
- Start einer Initiative zur Erreichung eines akademischen Lehrkrankenhauses für Medizinstudenten
- Hausübergreifende Kurse und Fortbildungen in Sachen Betriebliches Gesundheitsmanagement

27 von 36 medizinischen Zielen wurden in Kronach im September 2014 erreicht, d.h. in 75% aller relevanten Indikatoren schneidet Kronach besser ab als der Bundesdurchschnitt.

Als Herausforderung für den Standort Kronach gab Florian Aschbrenner dem Gremium folgendes zur Kenntnis:

- Dauerhafte und ganztagig neu besetzte Radiologie ab dem 1. Quartal 2015
- Neustrukturierung der Intensivstation durch Einstellung eines eigenständigen Leiters Intensivmedizin
- Zum 01.01.2015 Anschluss an ein telemedizinisches Netzwerk zur Steigerung der medizinischen Qualität bei der Versorgung von Schlaganfallpatienten (Koordination durch Neurologische Uni-Klinik Würzburg)
- Schaffung einer Stelle Pressesprecher/Marketing zum 01.12.2014.

Kreisrat Dr. Brühl führte auf, dass unter den niedergelassenen Ärzten ein verändertes Zuweisungsverhalten speziell im Bereich Kardiologie zu beobachten sei. Unter der Ägide des Rhönklinikums habe sich das Behandlungsspektrum geändert, nämlich von der Grund und Regelversorgung hin zu sehr speziellen Leistungen. Dies wären durchaus sinnvolle Untersuchungen, die aber an großen Herzzentren angesiedelt werden sollten und nicht an ein Krankenhaus mit Regelversorgung, weil hiermit Ressourcen gebunden werden die für die Normalversorgung dann nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Frankenwaldklinik wurde für akute internistische Notfälle in letzter Zeit abgelehnt, was zur Verärgerung und Verunsicherung sowohl in der Bevölkerung als auch unter den niedergelassenen Ärzten geführt habe. In diesen negativen Sog wären auch die anderen Abteilungen des Hauses geraten, was sehr schade für die gut ausgestattete und mit qualifiziertem Personal besetzte Frankenwaldklinik sei.

Martin Jonas führte dazu aus, dass dies auch von Helios so gesehen werde. Der Anspruch von Helios liege auf dem Versorgungsanspruch und nicht auf der Etablierung von Spezialuntersuchungen und- Maßnahmen. Ein großes Problem hatte die Frankenwaldklinik, wie von der Geschäftsführung des Helios-Konzerns bei Übernahme des Hauses, gesehen wurde, mit den Abmeldungen von der Notfallversorgung. Das wäre, so Jonas, ein Unding für die Patientenversorgung und die Rettungsdienste. Als Zielsetzung wurde daher unmittelbar vorgegeben, dass keine Abmeldungen mehr erwünscht seien. Helios möchte 24 Stunden für die Patienten da sein.

Aufgrund der intern dazu durchgeführten Maßnahmen hätte es in diesem Monat bereits keine Abmeldungen mehr gegeben. Es werde aber weiterhin noch an dieser Problematik gearbeitet.

Kreisrat Jürgen Baumgärtner fragte nach der durchschnittlichen Burnout-Quote bei Mitarbeitern des Helios-Konzerns im Vergleich zu anderen kommunalen Kliniken und wie Helios sicherstellen möchte, dass die 15% Gewinnerwartung nicht auf Kosten des Personals erwirtschaftet werde.

Dr. Dedow führte auf, dass aufgrund der Definitionsschwierigkeit von „Burnout“ keine Zahl genannt werden kann, es wurden aber die Fehlzeiten von Mitarbeitern der Frankenwaldklinik mit denen anderer HELIOS-Kliniken verglichen. Die Quote läge in Kronach weder höher noch wesentlich niedriger. Klinikspezifisch müsse man sich aber die Organisation, die Schwerpunkte, etc. auch einzeln anschauen und den Patientenbefragungen hinsichtlich Qualität, etc. gegenüberstellen, um konkrete Aussagen treffen zu können.

Kreisrätin Petra Zenkel-Schirmer fragte danach wie der HELIOS-Konzern das Vertrauen in die eigene Klinik wieder stärken wolle. Ihr sei zu Ohren gekommen, dass Patientinnen in gynäkologischen Fragen eher das Klinikum Kulmbach als das Klinikum Kronach bevorzugen. Sie wollte auch wissen, ob die Möglichkeit der Einrichtung eines Brustzentrums und/oder einer Palliativstation möglich sei.

Florian Aschbrenner führte dazu auf, dass die Zahlen der Gynäkologie relativ gut seien. Für die Einrichtung einer Palliativstation sei es allerdings nicht so einfach eine Genehmigung zu bekommen. Erste Schritte wurden hier aber etabliert. Seit Anfang diesen Monats stehe ein spezialambulantes Palliativversorgungsteam in Kronach werktätlich mit Sprechstunden zur Verfügung. Die Finanzierung eines Brustzentrums sei für eine Klinik der Grund und Regelversorgung immer sehr schwierig, da gewisse Mindestmengen erfüllt werden müssen. Brustzentren seien in der Nähe mit denen kooperativ zusammengearbeitet werde.

Dr. Rudolph fragte, ob eine Vergrößerung des MVZ geplant sein. Florian Aschbrenner verneinte dies.

Kreisrat Dr. Pohl stellte die Frage, ob Zusammenarbeit eher innerhalb des Konzerns definiert werde, oder ob es auch andere Ansätze für Zusammenarbeit mit anderen Kliniken in Oberfranken gäbe.

Martin Jonas erläuterte dass die regionale Zusammenarbeit sich nicht nur auf Helios-Kliniken erstreckte sondern der Konzern sich diesbezüglich offen zeige.

Kreisrat Dietmar Schmidt fragte nach dem Anteil ausländischer Ärzte an der Frankenwaldklinik und den Maßnahmen die ergriffen werden, damit gewisse Sprachbarrieren überwunden werden können.

Florian Aschbrenner erläuterte, dass aufgrund des Nachwuchskräftemangels auch an der Frankenwaldklinik Stellen mit ausländischen Ärzten besetzt werden mussten, bzw. müssen. Die genauen Zahlen könne er aber jetzt nicht aus dem Kopf nennen. Diese Ärzte müssen mindestens ein B2 Zertifikat haben und es werden Ihnen auch verpflichtend Sprachkurse angeboten. Des Weiteren kümmern sich auch die Chefärzte darum, dass die ausländischen Ärzte Deutsch und speziell auch die Medizinische Nomenklatur schnell erlernen können.

Stellvertretender Landrat Gerhard Wunder bedankte sich bei den anwesenden Vertretern der Frankenwaldklinik für deren Ausführungen.

Stellvertretender Landrat Gerhard Wunder zeigte dem Gremium zunächst eine Chronologie auf, was bisher in Sachen Schülerbeförderung unternommen worden ist.

Im Anschluss daran, ging er auf die einzelnen Forderungen des CSU-Fraktions-Antrages vom 26.05.2014 ein:

1. Die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG) soll an Freitagen um 13.07 Uhr das Zugmaterial zur Verfügung stellen, welches bestellt wurde (mindestens ein 5 Teiler).
Dieser Punkt ist erledigt, ab 17.10.2014 wurde ein 5-Teiler + 3-Teiler bereitgestellt
2. Es soll eine Gesamterhebung der Schulwegdauer erstellt werden.
Thema ist Gegenstand dieser Kreistagssitzung
3. Onlinebeschwerdemanagement
Verweis an den Schul- und Kulturausschuss unter Beteiligung der Schulen und DB Regio
4. Verlegung des Schülerverkehrs auf Busse im Radius von 10 km
Es wurden Kombikarten ausgegeben, eine Rücknahme scheint wenig sinnvoll
5. Sicherheitspersonal stellen
DB-Regio hat bis zum 14.12.2014 Sicherheitspersonal zugesichert. Es ist abzuklären, ob der Landkreis bereit ist, Kosten für zusätzliches Sicherheitspersonal ab 14.12.2014 zu übernehmen, falls notwendig.
6. Verantwortung für den Schülerverkehr aufzeigen
Die Schülerbeförderung ist der Kämmerei angesiedelt. Bei der Umsetzung wird auf das Angebot des ÖPNV zurückgegriffen.
Die Schaffung eines eigenen Sachgebietes liegt in der Organisationshoheit des Landrates
7. Bei der BEG ist anzufragen, wieso die Platzkapazität 2013 reduziert wurde.
Erledigt, Schule, Kultur und Sportausschuss v. 22.07.2014
8. Die DB-Regio soll die Erreichbarkeit der Züge nach der 5. Und 6. Stunde gewährleisten.
Dies hängt mit der Fahrplangestaltung zusammen.
9. Prüfung der Ausweitung der Buskapazitäten auf überlasteten Strecken und Verbesserung der Buslinien zu und von den Bahnhöfen.
Berücksichtigung im Mobilitätskonzept. Die Verwaltung wird beauftragt, die Buskapazitäten der verschiedenen Strecken zu prüfen.
10. Sicherheitstraining zum Verhalten auf Bahnhöfen durchführen
Dies wurde teilweise von einzelnen Schulen umgesetzt. Verweis an den Schule, Kultur- und Sportausschuss
11. Schneller Informationsfluss bei Zugausfällen
Dies ist mit der DB-Regio abzusprechen. Verweis an den Schule, Kultur und Sportausschuss
12. Jährlicher Runder Tisch
Verweis an den Schule, Kultur und Sportausschuss

Stellvertretender Landrat Gerhard Wunder ging anschließend auf den Antrag der CSU-Fraktion vom 17.10.2014 ein. Gefordert wurde hier:

1. Der Antrag vom 26.Mai soll abgearbeitet werden
2. Gesamterhebung der Schulwegdauer aufzeigen
(Dieses Thema ist Gegenstand der Kreistagssitzung vom 27.10.2014, Verweis an Schule, Kultur und Sportausschuss und an die Sachgebiete Regionalmanagement und Verkehr (Mobilitätskonzept, ÖPNV)
3. Online-Beschwerdemanagement
Verweis an den Schul-und Kulturausschuss unter Beteiligung der Schulen und DB Regio
4. Optimierung der Schulzeiten prüfen
Verweis an Schule, Kultur und Sportausschuss, Schreiben an Schulen richten
5. Informationsfluss Zugausfälle
Dies ist mit der DB-Regio abzusprechen. Verweis an den Schule, Kultur und Sportausschuss
6. Verantwortlichkeit für den Schülerverkehr aufzeigen
Die Schülerbeförderung ist der Kämmerei angesiedelt. Bei der Umsetzung wird auf das Angebot des ÖPNV zurückgegriffen. Die Schaffung eines eigenen Sachgebietes liegt in der Organisationshoheit des Landrates
7. Die Zeit der Schülerbeförderung (einschließlich Wartezeiten) soll maximal 45 bis 60 Min. betragen
Dies wird bei fast allen Schülerlinien jetzt schon erreicht. Die Extremfälle werden von der Verwaltung aufbereitet.
8. Verbesserung der Schulwegsituation im Rahmen des neuen ÖPNV-Konzeptes sicherstellen
Dies wird mit in mit in das Mobilitätskonzept einfließen
9. Verlegung des Schülerverkehrs auf Busse im Umkreis von 10km
Es wurden Kombikarten ausgegeben, eine Rücknahme scheint wenig sinnvoll
10. Erweiterung der Buskapazitäten auf besonders überlasteten Strecken und Verbesserung von und zu den Bahnhöfen
Prüfung durch die Verwaltung
11. Andere Beförderungsmöglichkeiten prüfen
Taxi, Privat-PKW, Kleinbusse
Prüfung durch die Verwaltung
12. Entwicklung eines Konzeptes zur besseren Steuerung der Schülerströme
13. Kostenfreiheit der schüler ab der 11. Und 12. Klasse prüfen
Freiwillige Aufgabe
Kostenermittlung durch die Verwaltung
Die Verwaltung soll die Kosten hierfür ermitteln: Kosten für Benutzung der Privat-PKW
Kostenübernahme der Schulbuskosten der Schüler der 11.und 12. Klasse

Der Sachgebietsleiter für Verkehr, Marc-Peter Biedermann erläuterte dem Gremium den derzeitigen Stand der Busfahrzeiten von den einzelnen Wohnorten der Schüler im Landkreis nach Kronach anhand einer grafischen Darstellung.

Kreisrat Jürgen Baumgärtner monierte, dass der Hauptverantwortliche für die Schülerbeförderung in der Verwaltung nicht mit in der Sitzung sei, dass die Sitzungsunterlagen zu spät versendet wurden und auch deren Zustand nicht ausreichend für eine Diskussion sei.

Kreisrat Richard Rauh warf ein, dass man den ÖPNV und die Schülerbeförderung zusammen betrachten muss um ein gutes Ergebnis zu erzielen. Hier sollten keine Schnellschüsse getätigt werden, sondern die Auswertung der ÖPNV-Umfrage mit einbezogen werden.

Kreisrat Peter Hänel gab zu Bedenken, dass der Landkreis gehalten ist ein Haushaltskonsolidierungskonzept aufzustellen. Mit diesem Wissen im Hintergrund solle erst geprüft werden, in wie weit man die Schülerbeförderung in das neue Mobilitätskonzept mit einfließen lassen könne, ehe man ein „neues Fass“ mit diversen Forderungen aufmache.

Kreisrätin Angela Wiegand verwies darauf, dass die Schülerbeförderung eine Pflichtaufgabe und keine freiwillige Leistung sei.

Kreisrätin Petra-Zenkel betonte, dass die Frauenliste den Antrag der CSU-Fraktion unterstütze.

Kreisrat Peter Ebertsch führte auf, dass die Gestaltung des öffentlichen Nahverkehrs im Landkreis und die Prüfung einer weiterführenden Schule in der Rennsteigregion enorm wichtig sei, damit der nördliche Landkreis weiterhin eine Zukunft habe.

Kreisrat Jürgen Baumgärtner betonte, dass das Ganze kein Schnellschuss sei, die Verwaltung solle heute einen entsprechenden Auftrag zum Thema Schülerbeförderung bekommen. Der Landkreis habe, seiner Meinung nach, nur eine Zukunft, wenn dafür investiert werde, dass die Unternehmen im Landkreis gute Fachkräfte bekämen. Dazu dürfe man sich auch nicht hinter Haushaltsmitteln verstecken.

Er werde diese Angelegenheit auch mit in den Bayerischen Landtag nehmen.

Kreisrat Klaus Löffler erläuterte, dass es seit einigen Wochen einen Arbeitskreis zum Thema weiterführende Schule gebe. Dieser habe vor kurzem erst wieder getagt und auf seinen Antrag hin, sei bei der ersten Sitzung dieses Arbeitskreises beschlossen worden, dass man eine Struktur und Potentialanalyse für den ganzen Landkreis Kronach in Auftrag geben sollte um abprüfen zu lassen, ob die Einrichtung einer weiterführenden Schule im Norden nach den jetzigen gesetzlichen Bestimmungen überhaupt möglich sei.

Er verwies auch auf eine Einbringung der CSU-Fraktion in der letzten Amtsperiode in den Kreisausschuss zur Leerfahrt eines Busses von Pressig nach Kronach, aus diesem müssten die Kinder der Rennsteigregion früh in Pressig aussteigen und mit dem Zug nach Kronach weiter fahren. Hier sollte man sich auch Gedanken machen, wie solche Ressourcen besser genutzt werden können, um auch morgens den Schülerverkehr zu entlasten.

Kreisrat Thomas Löffler führte auf, dass es generell ein Problem des Nordens sei, dass die Schüler um 07:00 Uhr in Kronach ankommen und bis 07:40 Uhr bis zum Schulbeginn warten müssen.

Kreisrat Timo Ehrhardt führte auf, dass bei der Auswertung und Festlegung der Fahrdauer auch die Wartezeiten mit einfließen sollen.

Stellvertretender Landrat Gerhard Wunder schlug vor, man solle auch mal eine Schülerbefragung durchführen, wie die Schüler mit den Fahr und Wartezeiten zufrieden seien.

Stellvertretender Landrat Gerhardt Wunder legte als Zeitraum für den Auftrag an die Verwaltung „zeitnah“ fest, da es eine gewisse Vorbereitungs- und Auswertungszeit vergleichbar mit dem ÖPNV-Konzept brauche. Wenigstens könne hier von einem halben bis dreiviertel Jahr ausgegangen werden. Zwischenberichte in den jeweiligen Gremien sollten aber durchaus möglich sein.

➤ **Beschluss:**

- 1) Der Kreistag Kronach legt als anzustrebendes Ziel für die maximale Dauer der jeweiligen konkreten Schülerbeförderung im ganzen Landkreis Kronach eine maximale Zeit von 60 Minuten fest. (einschließlich eventueller Wartezeiten). Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und wie dieses Ziel erreicht werden kann.
- 2) Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Kosten dem Landkreis entstehen würden, wenn die Schülerbeförderungskosten der Schüler der 11. Und 12. Klassen der Gymnasien übernommen werden.
- 3) Die weitere Bearbeitung der aufgeworfenen Fragen wird den nach der Geschäftsordnung zuständigen Ausschüssen zugewiesen (Schul- und Kulturausschuss, Kreisausschuss).

ungeändert beschlossen

Ja 38 Nein 0 Anwesend 38

TOP 3 Informationen

Stellvertretender Landrat Gerhard Wunder informierte das Gremium über den weiteren Fortgang der noch nicht behandelten Anträge der Fraktionen und Gruppierungen des Kreistages:

1. Antrag der CSU-Kreistagsfraktion und der SPD-Kreistagsfraktion auf Erhalt und Stärkung des Kreisbauhofes Nord
Die Anträge werden im Kreisausschuss behandelt.
2. Antrag der CSU-Kreistagsfraktion Fraktion auf einen Zwischenbericht zur Pflegesituation
Verweis an den Kreisausschuss
3. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion : Sachstandsbericht zur Neustrukturierung der Bildungslandschaft im Landkreis Kronach
Verweis an den Schule, Kultur und Sportausschuss
4. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion: Information über Themen und Projekte der überörtlichen Einrichtungen
Die Einrichtungen treffen sich regelmäßig. Ein jährlicher Bericht wird dem Kreistag gegeben (wurde bereits beschlossen)
5. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion auf Bildung eines vorberatenden Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur
Der Antrag wurde bereits einmal abgelehnt. Er sollte im Zusammenhang mit der Umsetzung des Demografie Konzeptes mit behandelt werden.

6. Antrag der SPD Kreistagsfraktion: Erstellung eines Standortgutachtens für eine weiterführende Schule im Norden
Verweis an den Schule, Kultur und Sportausschuss
7. Antrag Bündnis 90/Die Grünen auf Gründung einer Projektgruppe zur Unterstützung der Asylbewerber und Flüchtlinge
Die Punkte umfassen reine staatliche Aufgaben. Ein runder Tisch kann sich aber bilden. Dies soll im Ausschuss für Gesundheit und Soziales diskutiert werden.

zur Kenntnis genommen

TOP 4 Umsetzung des Demografiekonzeptes

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

TOP 5 Kenntnisnahme der Jahresrechnung 2013

Kreiskämmerer Günther Daum erläuterte Eckpunkte zur Jahresrechnung 2013

Jahresrechnung 2013

1. Gemäß Art. 88 Abs. 2 LKrO ist die Jahresrechnung nach ihrer Erstellung dem Kreis-ausschuss vorzulegen. Diese Vorlage dient ausschließlich der Kenntnisnahme. In eine nähere sachliche Prüfung oder Behandlung braucht zu diesem Zeitpunkt noch nicht eingetreten werden. Es ist also weder ein Beschluss über die Feststellung der Jahresrechnung noch über die Entlastung der Verwaltung zu fassen.
2. Die Jahresrechnung 2013 schließt wie folgt ab:

Jahresabschluss 2013	2013	2012	Differenz zu 2012	
	in Euro		in Euro	in %
Soll-Einnahmen Verwaltungshaushalt	54.477.498,35	50.570.622,01	3.906.876,34	7,7%
Soll-Einnahmen Vermögenshaushalt	10.063.283,08	12.018.987,65	-1.955.704,57	-16,3%
Summe Soll-Einnahmen	64.540.781,43	62.589.609,66	1.951.171,77	3,1%
+ Neue Haushaltseinnahmereste	6.000.000,00	4.900.000,00	1.100.000,00	22,4%
- Globalniederschlagung (VV Nr. 5 zu § 79 KommHV)	77.000,00	107.500,00	-30.500,00	-28,4%
- Abgang alter Haushaltseinnahmereste	4.900.000,00	3.486.000,00	1.414.000,00	40,6%
- Abgang alter Kasseneinnahmereste	-88.172,10	-60.936,69	-27.235,41	44,7%
- Abgänge lfd. Jahr (Erlässe, Niederschlagungen)	1.850,22	1.658,63	191,59	11,6%
Summe bereinigte Soll-Einnahmen	65.650.103,31	63.955.387,72	1.694.715,59	2,6%
Soll-Ausgaben Verwaltungshaushalt *	54.486.820,23	50.522.400,07	3.964.420,16	7,8%
Soll-Ausgaben Vermögenshaushalt	8.601.207,86	10.196.024,38	-1.594.816,52	-15,6%
Summe Soll-Ausgaben	63.088.028,09	60.718.424,45	2.369.603,64	3,9%
+ Neue Haushaltsausgabereste	3.817.493,31	4.020.236,54	-202.743,23	-5,0%
- Abgang alter Haushaltsausgabereste	1.255.418,09	783.273,27	472.144,82	60,3%
- Abgang alter Kassenausgabereste	0,00	0,00	0,00	0,0%
Summe bereinigte Soll-Ausgaben	65.650.103,31	63.955.387,72	1.694.715,59	2,6%
Zuführung zum Vermögenshaushalt (HH-Ansatz: 2,65 Mio. Euro)	6.406.903	5.201.059	1.205.843	23,2%
Zuführung zum Verm.-haushalt - (Bereinigt um Erhöhungsbetrag Strukturbeihilfe v. 1,5 Mio. Euro)	4.906.903	5.201.059	-294.157	-5,7%

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich im Haushaltsjahr 2013 die zufriedenstellende Entwicklung der Vorjahre fortgesetzt hat.

Die **Zuführung** an den **Vermögenshaushalt** belief sich auf 6,4 Mio. Euro (Vorjahr 5,2 Mio. Euro). Die Ergebnisverbesserung gegenüber dem Vorjahr ist in erster Linie den großzügig gewährten – gegen über dem Vorjahr enorm erhöhten – Stabilisierungshilfen des Freistaates zu verdanken.

Das **Investitionsvolumen** lag bei knapp **8 Mio. Euro**, unter Einbeziehung der Investitionsausgaben des ZV Schulzentrum bei rund 10,4 Mio. Euro. Absoluter **Investitionsschwerpunkt** war der **Schulbereich mit 5,2 Mio. Euro** (incl. ZV Schulzentrum ca. **7,6 Mio. Euro**). Im Kreisstraßenbereich ist die Anbindung der KC 18 an die B 85 südlich von Steinbach hervorzuheben (657 Tsd. Euro).

Leider **nicht zur Ausführung** kamen die Altlastensanierung Seelach (evtl. 2015) und die Hangsicherung Heinersberg, die auf das Jahr 2014 verschoben wurde.

Gegenüber dem Vorjahr **erhöhte** sich der **Aufwand** insbesondere in folgenden Bereichen:

- Bezirksumlage + 665 Tsd. Euro
- Personalkosten + 395 Tsd. Euro
- Gebäudeunterhalt + 334 Tsd. Euro
- Zuschussbedarf SGB II + 189 Tsd. Euro
- Sachaufwand Straßenunterhalt + 154 Tsd. Euro
- Krankenhausumlage + 137 Tsd. Euro

➤ Sozialhilfe (örtl. Träger) + 112 Tsd. Euro

Neben den infolge der gestiegenen Umlagekraft erhöhten Kreisumlageeinnahmen ergaben sich die nachfolgend genannten größeren **Haushaltsverbesserungen**:

➤ Stabilisierungshilfen 1.500 Tsd. Euro
➤ Grundsicherung für Erwerbsunfähige 444 Tsd. Euro (Erhöhung des Bundesanteils)
➤ Kapitaldienst 323 Tsd. Euro (davon 227 Tsd. Euro Zinsaufwand)

Haushaltsüberschreitungen fielen in Höhe von 1,28 Mio. Euro an, von denen noch 1,08 Mio. Euro zu genehmigen sind (vergl. separate Beschlussvorlage).

Der **Schuldenstand** (incl. der inneren Darlehen an die Abfallwirtschaft) konnte auf **16,8 Mio. Euro** vermindert werden (Vorjahr 20,0 Mio. Euro).

Die Kreisgemeinden konnten auch im Jahr 2013 von einem **niedrigen**, deutlich unter den Vergleichswerten liegenden, **Kreisumlage-Hebesatz** profitieren

Durchschnitt Landkreise ohne kreisfreie Stadt **Bayern** 49,85 Punkte
Durchschnitt Landkreise ohne kreisfreie Stadt **Oberfranken** 49,88 Punkte

Hebesatz Landkreis Kronach (-1,5 Pkt. gegenüber 2012) 47,00 Punkte

zur Kenntnis genommen

Ja 36 Nein 0 Anwesend 36

TOP 6 Genehmigung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gemäß Art 60 LKrO

Sachverhalt:

Im Jahr 2013 sind über- und außerplanmäßige Ausgaben wie folgt angefallen:

Über-, bzw. außerplanmäßige Ausgaben (gesamt)	Verw.-HH	Verm.-HH	Gesamt
	803.131	476.416	1.279.547
Davon entfallen:			
Genehmigte überplanmäßige Ausgaben (Breitbandunterstützung durch IKT - KA v. 10.06.2013)	69.987	 	326.660
Genehmigte überplanmäßige Ausgaben (Miete Ausweichräume Kreisbibliothek - KA v. 10.06.2013)	31.510	 	
Genehmigte überplanmäßige Ausgaben (Klimaanlage Chorraum BFM - KA v. 21.10.2013)	16.468	 	
Genehmigte überplanmäßige Ausgaben (VHS-Zuschuss - KA v. 27.01.2014)	42.197	 	
Genehmigte überplanmäßige Ausgaben (Sanierung Schwimmbad RS I - KA v. 27.01.2014)	40.000	 	
Im Haushalt an anderer Stelle veranschlagt - insoweit keine echte HH-Überschreitung => Schülerbeförderungskosten E-Schule Naila	48.461	 	
Lfd. kalkulatorische Kosten "Abfallwirtschaft" die vollständig aus den Gebühreneinnahmen refinanziert werden.	55.974	 	311.179
Anlaufkosten Geopark fränkisches Schieferland, die durch Zuschüsse und die Kostenbeteiligung Dritter wieder refinanziert werden.	22.063	 	
Sonstige überplanmäßige Ausgaben Vw-Haushalt	476.471		
Kreisumlagenneutrale Mehrausgaben im Bereich der Abfallwirtschaft, die zu 100 % über den Gebührenhaushalt finanziert werden.	 	51.642	311.179
Ersatzbeschaffung "Backofen Berufsschule" gemäß dem Beschluss des Schul- und Kulturausschuss vom 21.11.2013.	 	58.641	
Dank der großzügigen Strukturbeihilfen des Freistaates Bayern waren erhöhte Tilgungsleistungen möglich. Insoweit hat der Landkreis der Erhaltungshaltung des Zuwendungsgebers Rechnung getragen.	 	200.897	
Bereinigte über-/außerplanmäßige Ausgaben:	476.471	165.238	641.708
Zu Genehmigen	602.968,81	476.416,49	1.079.385,30

Dank der wohlwollenden Gewährung von Strukturbeihilfen des Freistaates Bayern fiel die größte Haushaltsüberschreitung bei den Tilgungsleistungen an. Daneben fielen insbesondere in folgenden Bereichen größere überplanmäßige Ausgaben an:

► **Im Verwaltungshaushalt**

- Kreisstraßenunterhalt (incl. Ölabscheider Bauhof Nord) 199.316 Euro
- Gebäude-Unterhalt (incl. Außenanlagenpflege) 198.669 Euro
- Kalk. Kosten Abfallwirtschaft (gebührenfinanziert) 55.974 Euro
- Betriebskostenumlage ZV Schulzentrum 52.690 Euro
- Schülerbeförderungskosten E-Schule Naila 48.461 Euro
- VHS-Zuschuss 42.197 Euro

Die Mehrausgaben beim Gebäudeunterhalt entfielen insbesondere auf die Dachsanierungen an den Nebengebäuden des Landratsamtes und den der Schwimmbadsanierung an der RS I.

► **Im Vermögenshaushalt**

- Schulausstattungen Berufsschule 172.235 Euro
- Beschaffungen Abfallwirtschaft (Mülltonnen) 26.149 Euro
- Grunderwerb Naturschutzmaßnahmen 20.797 Euro

Die über- und außerplanmäßigen Ausgaben konnten sowohl durch Mehreinnahmen, als auch durch Minderausgaben abgedeckt werden. Für einen Teil der Haushalts-Überschreitungen liegen bereits Beschlüsse der zuständigen Kreisgremien gemäß Art. 60 LKrO vor.

Die in **Anlage 1** enthaltenen Haushalts-Überschreitungen wurden durch den Kreisausschuss am 20.09.2014 beschlossen, ein Empfehlungsbeschluss über die in der **Anlage 2** enthaltenen Haushalts-Überschreitungen für deren Genehmigung der Kreistag zuständig ist, liegt vor.

Kreisrat Dr. Köhler war bei der Abstimmung nicht mit im Saal.

➤ **Beschluss:**

Der Kreistag genehmigt die in der Anlage 2 aufgelisteten Haushaltsüberschreitungen in Höhe von insgesamt **373.131,51 Euro**.

ungeändert beschlossen

Ja 34 Nein 0 Anwesend 34

TOP 7 Unvorhergesehenes

TOP 8 Anfragen und Sonstiges

Stellvertretender Landrat Gerhard Wunder stellte die beiden Resolutionen der SPD-Fraktion zur Diskussion.

Resolution an die Bayer. Staatsregierung auf Anhebung der Erstattungsquote für Schülerbeförderung auf 80% vom 07.10.2014.

Stellvertretender Landrat Gerhard Wunder führte auf, dass die Anhebung der Erstattungsquote für die Schülerbeförderung sowieso von den Kommunalen Spitzenverbänden und dem Landkreistag jedes Jahr angestoßen werde. Die Einreichung einer Resolution zu diesem Thema könne aber deswegen nicht schaden. Er stelle es daher zur Diskussion, ob die von der SPD-Fraktion verfasste Resolution so eingereicht werde.

Das Gremium sprach sich dafür aus.

Kreisrätin Edith Memmel befand sich bei der Abstimmung nicht mit im Raum.

Resolution Ortsumgehung Zeyern

Stellvertretender Landrat Gerhard Wunder führte hierzu auf, dass er in dieser Angelegenheit bereits ein Schreiben an den Bundesverkehrsminister Dobrindt verfasst und versandt habe.

Kreisrat Hans Rebhan sprach sich deutlich gegen die Einreichung der SPD-Resolution aus, da die Angaben darin seiner Ansicht nach falsch wären und sich der Landkreis damit lächerlich machen würde.

Das Gremium kam zu dem Entschluss das Schreiben des stellvertretenden Landrates Gerhard Wunder in dieser Angelegenheit zu unterstützen und so das Befürworten des Landkreises für die Ortsumgehung Zeyern auszudrücken. Das Schreiben, so Gerhard Wunder, werde den Fraktionen zur Kenntnis gegeben.

➤ **Beschluss:**

- 1) Die von der SPD-Fraktion verfasste Resolution „Anhebung der Erstattungsquote für Schülerbeförderung auf 80%“ wird im Wortlaut an die Bayerische Staatsregierung versendet.

Beschlossen

Ja 34 Nein 0 Anwesend 34

- 2) Der Kreistag stimmt dem Schreiben des stellvertretenden Landrates zur Ortsumgehung Zeyern zu.

Beschlossen

Ja 33 Nein 0 Anwesend 33

Um 13:10 Uhr schließt Landrat Oswald Marr die Sitzung des Kreistages.

Oswald Marr
Landrat

Sonja Welsch
Schriftführer/in